



Autor: Thomas Wehrli
Basler Zeitung
4002 Basel
tel. 061 639 11 11
www.bazonline.ch

Auflage 68'279 Ex.
Reichweite 163'000 Leser
Erscheint 6 x woe
Fläche 114'495 mm²
Wert 15'900 CHF

«Der Bundesrat funktioniert wie eine Blackbox»

Fremde Richter kommen für die SVP nicht infrage –

Thomas Aeschi stellt sich auf einen Grosskampf wie 1992 ein

Von Thomas Wehrli

Bern. Schweiz, Anfang August 1291. Uri, Schwyz und Unterwalden geloben, so will es der Bundesbrief, keinen Richter zu dulden, der «nicht unser Einwohner oder Landmann ist». Schweiz, Ende Juni 2013. Der Bundesrat will Bewegung in die blockierten Verhandlungen mit der EU bringen. Kern- und zugleich Knackpunkt seiner Intention: EU-Richter sollen künftig bei der Auslegung von bilateralen Verträgen das letzte Wort haben. Aussenminister Didier Burkhalter betont zwar, dass sich die Schweiz weigern könne, die Rechtsauslegung zu übernehmen – allerdings mit den entsprechenden Konsequenzen. SVP-Nationalrat und Vizefraktionschef Thomas Aeschi (ZG) erteilt der Ansage eine klare Absage: Die SVP werde fremde Richter mit allen Mitteln bekämpfen.

BaZ: Herr Aeschi, ich lasse Ihnen die Wahl: Wer ist für Sie die kleinere Qual – Staatssekretär Yves Rossier oder Bundesrat Didier Burkhalter?

Thomas Aeschi: Ich habe in beide kein Vertrauen. Man weiss weder beim einen noch beim anderen, wohin er die Schweiz steuern will. Immerhin kommuniziert Rossier offener; Burkhalter agiert verdeckt und das macht mir mehr Angst.

Man kann also sagen: Beide sind für Sie ein rotes Tuch?

Leider ja. In der Europa-Frage denkt derzeit nur ein FDP-Bundesrat wirklich bürgerlich – der viel gescholtene Johann Schneider-Ammann. Das ist für mich unverständlich.

Sie sind in Nizza, wo sich Palme an Palme reiht. Ist darunter auch jene, auf der Sie letzte Woche sasssen?

(Lacht.) Nein, aber auf die Palme gebracht hat mich der Bundesrat in den letzten Wochen gleich mehrfach. Er will unsere Masseneinwanderungs-Initiative nicht umsetzen, das Völkerrecht vor Landesrecht stellen und das Initiativrecht durch eine Vorprüfung einschränken. Alles zielt darauf ab, die Schweiz zu schwächen, die Souveränität auszuhöhlen und den Ge-

richten und der Classe politique noch mehr Macht zu geben. Eine schreckliche Vorstellung.

Wieso? Dank Burkhalter kann die SVP ihren Anti-Europa-Motor zum Schnurren bringen. Ein Steilpass für Ihre Partei!

Ich kann mich nicht über etwas freuen, was dem Land schadet. Den Steilpass hat der Bundesrat zudem nicht uns zugespielt, sondern der EU. Von den drei Vorschlägen, wie die institutionellen Fragen mit der EU gelöst werden können, will er ausgerechnet die Schlimmste: Der europäische Gerichtshof soll bei Auslegungsfragen urteilen. Das ist Kapitulation.

Höchstens ein Rückzug hinter die «rote Linie». Der Bundesrat hat klar gesagt, dass für ihn mehrere Bereiche wie die flankierenden Massnahmen nicht zur Disposition stehen.

Ach was, das ist für die Galerie. Hinter den Kulissen tönt es ganz anders: Liebe Brüsseler Kollegen, wir müssen das so verkaufen, damit wir die Abstimmung gewinnen. Sobald wir das Ja im Sack haben, reden wir über die flankierenden Massnahmen und die Unionsbürgerschaft.

Ist der Bundesrat nun naiv oder verkauft er das Volk für dumm?

Weder noch. Er ist schlau und gibt die Schweiz Schritt für Schritt preis. Er sagt: Alles halb so wild, wir übernehmen kein EU-Recht. Das ist gelogen. Oder glauben Sie, dass die Schweiz ein Urteil des europäischen Gerichtshofes übergehen wird? Ich nicht. Irgendwann fragt niemand mehr und wir übernehmen EU-Recht automatisch.

«Alles zielt darauf ab, die Schweiz zu schwächen und die Souveränität auszuhöhlen.»

Der europäische Gerichtshof kann nur eine Art Empfehlungen abgeben. Die Schweiz muss sie nicht umsetzen, wenn sie die Konsequenzen in Kauf nimmt.

Eben. Der Bundesrat wird nicht die

Kraft haben, gegen die Urteile aus Luxemburg zu verstossen, weil er sich vor den Konsequenzen fürchtet. Er wird lieber die Souveränität preisgeben.

Mit anderen Worten: Er ist bereit, das Land zu opfern?

Leider, denn die Mehrheit des Bundesrates will nach wie vor in die EU. Für seine Vision – man kann auch sagen: Utopie – eines «geeinten Europas» ist er bereit, unsere Souveränität zu opfern. (Lacht trocken.) Es ist naiv zu glauben, wir können für die nächsten 1000 Jahre ein friedlich-geeintes Europa schaffen.

Mit Verlaub: Ist nicht das Bild der tapferen Schweiz, die sich seit 1291 mit Inbrunst gegen alles Fremde, insbesondere fremde Richter wehrt, arg verklärt?

Überhaupt nicht. Die Souveränität ist eine der tragenden Säulen des Landes. Wir dürfen sie auf keinen Fall aufgeben. Zudem: Wenn schon, schottet sich die EU ab und nicht die Schweiz. Sie schützt ihren Binnenmarkt, um sich als Hochpreiskartell etablieren zu können. Das ist rückwärtsgewandt.

Ein Satz von Yves Rossier führte zum kollektiven Aufschrei in der SVP: «Ja, es sind fremde Richter, es geht auch um fremdes Recht.» Da hat er doch recht.

Es zeigt, wie offen Rossier ist und was Sache ist: Wir geben einen Teil der Judikative und der Legislative – also zwei von drei Staatsgewalten – ab. Einfach so, ohne Not. Das ist schlimm. Wir können zwar dann noch mitbestimmen, in welchen Bereichen wir neue Verträge wollen, aber der Inhalt und die Auslegung wird uns durch Brüssel diktiert.

Hand aufs Herz: Wir haben einen Teil der Souveränität mit den bilateralen Verträgen doch längst abgegeben.

Nein, denn die Bilateralen haben wir zusammen ausgehandelt. Jeder brachte seine Interessen ein, man einigte sich und schloss einen Pakt. Aber: Wir dulden keine fremden Richter; es gibt nur die gemischten Ausschüsse, die sich einigen müssen. Die Bilateralen beruhen auf Gegen-



Autor: Thomas Wehrli
Basler Zeitung
4002 Basel
tel. 061 639 11 11
www.bazonline.ch

Auflage	68'279	Ex.
Reichweite	163'000	Leser
Erscheint	6 x woe	
Fläche	114'495	mm ²
Wert	15'900	CHF

seitigkeit, nicht auf einseitiger Übernahme von EU-Recht.

Sie wollen die volle Souveränität und den vollen Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Das geht nicht auf.

Aber sicher doch. Wir wollen offene Märkte, auf denen jeder mit jedem handeln kann. Wir wollen an allen wichtigen Märkten partizipieren, am europäischen, am amerikanischen und hoffentlich bald am chinesischen. Wir wollen frei geschäftet – ohne uns politisch zu integrieren.

Kann man sich einen Teil herauspicken?

Warum nicht? Israel beispielsweise nimmt selektiv am europäischen Markt teil. Es geht bestens. Das erwarte ich auch von einem Yves Rossier: Dass er Verhandlungen führt, ohne bereits den EU-Beitritt im Hinterkopf zu haben.

Rossier zitierte jüngst den deutschen Philosophen Peter Sloterdijk: Souveränität ist die Fähigkeit, glaubwürdig zu drohen. Wer droht, muss auch bereit sein, den Preis zu zahlen.

Einen viel zu hohen Preis zahlen wir, wenn wir die Gerichtsbarkeit aufgeben. Wir bekommen dafür kaum etwas. Zudem ist die EU nicht so stur, wie es der Bundesrat immer darstellt. Man kann mit ihr durchaus verhandeln.

Dann knickt die Schweiz zu schnell ein?

Nicht nur das; sie agiert auch strategisch äusserst ungeschickt. Nehmen Sie die Lex USA. Wir haben keine andere Wahl, hiess es wochenlang, es gibt keinen Plan B. Mehrere Bundesräte weibelten mit diesen Sätzen durchs Bundeshaus. Und jetzt? Es geht doch.

Uns fehlen also die guten Strategen?

(Seufzt.) Ja, und das bis hinauf in den Bundesrat. Wenn ich sehe, wie Diplomaten früher erfolgreich und schlau verhandelt haben, dann geben unsere heutigen Diplomaten ein wahrlich trauriges Bild ab.

Damals hiess es: Die beste Aussenpolitik ist keine Aussenpolitik. Sie wollen ja kaum dorthin zurück.

Nein, aber manchmal wäre etwas weniger Hyperaktivismus besser. Wir sind permanent am Hyperventilieren. Frankreich drohte uns, das Erbschaftssteuerabkommen bis Ende Juni zu kündigen, wenn wir nicht einlenken. Jetzt ist Juli – und das Abkommen steht noch immer. Wir müssen wieder mehr Ruhe in die Aussenpolitik bringen; Hyperaktivismus schadet uns.

Hyperaktiv ist derzeit auch die SVP. Sie prüfen eine Volksinitiative, um die fremden Richter in der Fremde zu halten.

Wir wollen, dass Schweizer Landesrecht künftig Vorrang vor nicht zwingendem Völkerrecht hat. Es soll nicht mehr möglich sein, dass die Gerichte Letzteres über unser eigenes Recht stellen.

Wann wird die Initiative lanciert?

Noch in diesem Sommer werden Vorschläge auf dem Tisch liegen. Wir sind dann jederzeit handlungsfähig.

Bis zu einer Abstimmung werden Jahre vergehen. Schneller wäre der Weg über eine parlamentarische Initiative.

Schneller, aber leider erfolglos. Wir wollten im letzten Jahr eine überparteiliche Gruppe gründen, die sich gegen die zunehmende Preisgabe unserer Souveränität an die EU wehrt. Wir hatten zwar einige Zusagen von prominenten FDP- und CVP-Exponenten. Sie bekamen aber allesamt kalte Füsse. Ich mache mir keine Illusionen: Die SVP muss den Kampf am Schluss allein führen. Das war auch 1992 bei der EWR-Abstimmung nicht anders.

Diese Abstimmung hat die SVP gross gemacht. Nun läuft es noch einmal auf einen solchen Showdown hinaus. Haben Sie keine Angst, dass bei einer Niederlage die SVP wie ein Kartenhaus zusammenbricht?

Nein, denn die SVP ist heute breit aufgestellt. Zudem rechne ich nicht damit, dass wir die Abstimmung verlieren. Wir werden unsere ganzen Ressourcen auf diese Entscheidung fokussieren.

Die EWR-Abstimmung bezeichnete Christoph Blocher als wichtigsten Entscheid des 20. Jahrhunderts. Steht uns nun wieder ein solch «historischer» Entscheid ins Haus?

Es braucht einen solchen Entscheid. Wenn wir jetzt nicht mit aller Entschiedenheit einschreiten, werden künftig fremde Richter das Gesetz auslegen. Das wäre wie ein Dammbruch, der unser System unterspült. Zuerst kämen andere Bereiche hinzu, in denen die EU richtet, und auf einmal hiesse es: Wenn wir schon so viel EU-Recht übernommen haben, können wir der EU auch beitreten. Wehret den Anfängen.

Christoph Blocher zog 1992 landauf, landab und bekämpfte den EWR bis zum Zusammenbruch. Wird es ihm Thomas Aeschi gleichtun?

Ich hoffe nicht nur ich! Ich bin überzeugt, dass jeder SVP-Parlamentarier all seine Ressourcen in den Kampf werfen wird, um zu verhindern, dass sich die Schweiz EU-Recht unterwirft.

So weit ist es noch nicht. Die Schweiz und die EU führen nun erst einmal Verhandlungen, dann ist das Parlament am Zug. Wann rechnen Sie mit dem grossen EU-Fight?

Das ist schwierig vorauszusagen, denn der Bundesrat funktioniert wie eine Blackbox: Man weiss nie, was er morgen bringt. Man wird uns auch diesmal möglichst lange im Ungewissen lassen – und dann wohl wie bei der Lex USA eine Feuerwehrreaktion starten. In rechne mit einer Abstimmung Ende 2014 oder Anfang 2015.

«Wir werden unsere ganzen Ressourcen auf diese Entscheidung fokussieren.»

Ein mächtiger Gegner steht bereits fest: die Wirtschaft. Sie will den Marktzugang – ohne Wenn und Aber.

Und wir wollen das Beste für unser Land. Ich ärgere mich über die Kurzsichtigkeit weiter Teile der Wirtschaft: Sie hat nur ihre eigenen Vorteile im Sinn. Sie will Personal möglichst billig und möglichst überall rekrutieren. Dass sie damit der Schweiz schaden, interessiert die Manager nicht.

Die Einigelungsmentalität schadet der Schweiz aber mindestens so.

Wer spricht denn von Einigeln? Wir stehen zu einer offenen Schweiz. Nur: Dazu brauchen wir keine fremden Richter. Was uns weiterbringt, sind Freihandelsverträge wie jener mit China. Wir müssen endlich die Europabrille ablegen – die Welt ist grösser, die Zukunft gehört nicht zuletzt dem asiatischen Raum.

Zurück zu den beiden Schweizer Herren: Ist Yves Rossier der richtige Mann für die Verhandlungen mit der EU?

Für mich nicht. Wenn man seine Äusserungen der letzten Wochen zum Masstab nimmt, wird er die Schweiz am Schluss verraten und unser Land über die Hintertüre in die EU führen. Eine schauerhafte Vorstellung.

Weckt Burkhalter mehr Vertrauen?

Absolut nicht, leider. Man merkt bei



Autor: Thomas Wehrli
Basler Zeitung
4002 Basel
tel. 061 639 11 11
www.bazonline.ch

Auflage	68'279	Ex.
Reichweite	163'000	Leser
Erscheint	6 x woe	
Fläche	114'495	mm ²
Wert	15'900	CHF

ihm in der Europafrage nicht, dass er ein Bürgerlicher ist. Deshalb wird die SVP 2015 alles daransetzen, zwei Bundesräte zu stellen.

Auf Kosten der FDP?

Das ist nicht unser Ziel. Wir wollen,

dass die Zauberformel wieder hergestellt wird und die drei grössten Parteien je zwei Sitze haben. Bleibt die FDP die drittgrösste Kraft, stehen ihr weiterhin zwei Sitze zu. Zu Spielchen werden wir nicht Hand bieten: Wenn

CVP und BDP weiterhin zwei Bundesratssitze haben wollen, müssen sie fusionieren. Von Hinterzimmerabsprachen halte ich nichts. Da können die beiden Parteien noch so sehr wie Pech und Schwefel zusammenkleben.



Gibt der Regierung schlechte Noten. Für SVP-Vizefraktionschef Thomas Aeschi agiert der Bundesrat ungeschickt und knickt viel zu schnell ein. Foto Kaytone